

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 16. Ratssitzung vom 26. September 2018**

### **405. 2015/382**

**Weisung vom 05.09.2018:**

**Motion der Grüne- und AL-Fraktionen betreffend Aufhebung der Lohnwirksamkeit der jährlichen Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG), Änderung des Personalrechts, Antrag auf Fristerstreckung**

Der Stadtrat beantragt sofortige materielle Behandlung und eine Fristerstreckung zur Vorlage einer Weisung zur Motion GR Nr. 2015/382.

Der Rat stimmt der sofortigen materiellen Behandlung stillschweigend zu.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Wir beraten nicht zum ersten Mal über dieses Geschäft und es gab aus meiner Sicht durchaus plausible Gründe, weshalb der Gemeinderat der Meinung war, es ginge zu langsam vorwärts. Mittlerweile gedieh das Geschäft aber und ist nach vielen Beratungen im Stadtrat und mit den Personalverbänden aktuell in der Vernehmlassung. Es wird wahrscheinlich noch zu Änderungen kommen, die der Stadtrat aufgrund der Vernehmlassungsantworten einbringen wird. Danach können wir Ihnen dieses Geschäft zustellen. Es wird einen Kulturwandel mit sich bringen und eine Änderung im Umgang des Jahresgesprächs der Lohnentwicklung bedingen. Das Geschäft wird alle herausfordern – die mitarbeitenden Personen und das Parlament. Ich gehe nicht davon aus, dass in einem halben Jahr alles geglättet sein wird. Ich kann Ihnen aber aufgrund der ersten Reaktionen der Personalverbände sagen, dass sie überzeugt sind, dass dieser Vorschlag eine gute Gesprächsbasis bildet. In diesem Sinne benötigen wir nochmals etwas Zeit. Am Ende der neu gewährten Frist werden Sie sich mit diesem Geschäft intensiv auseinandersetzen müssen.*

**Roger Bartholdi (SVP)** *stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Antrag des Stadtrats: Wenn man selbst keinen Einfluss nehmen kann, stellt das einen Grund für eine Fristverlängerung dar. In diesem Falle gibt es aber keine externen Gründe für die Fristverlängerung. Es wurde angesprochen, dass schon einiges unternommen wurde – aus unserer Sicht aber zu wenig. Man hatte zwei Jahre Zeit und es gab diverse Stadtratssitzungen und Klausuren, in denen das Thema traktandiert war. Man hätte aber schon viel eher damit beginnen können. Die Mitarbeiterbeurteilung ist schon länger ein Thema und wurde von den Personalverbänden immer entsprechend kritisiert. Die Problematik war also schon länger bekannt. Um eine Lösung in einer Weisung vorzutragen, hätten eigentlich zwei Jahre reichen müssen. Auch in der Privatwirtschaft stellten viele Unternehmungen ihre Prozesse um. Dafür reicht in der Regel ein Jahr unter Einbezug von Personalverbänden oder internen Kommissionen. Es sollte folglich auch hier innerhalb der Frist möglich sein.*

Weitere Wortmeldungen:

**Walter Angst (AL):** *Wir wussten eigentlich schon bei der Einreichung der Motion, dass bei dieser Vorlage Verzögerungen denkbar sind. Das war auch der Grund, weshalb der Stadtrat die Motion als Postulat überwiesen haben wollte. Das war aber uns zuwider, weil wir Nägel mit Köpfen machen wollten. Es ist nicht zweckmässig, wenn ein Personalvertreter sagt, der Stadtrat könne ohne Konsultation der Personalverbände diese Weisung in den Gemeinderat bringen. Es geht hier um eine grosse Geschichte, die erhebliche finanzielle Auswirkungen haben kann, wenn man nicht seriös damit umgeht. Ich erinnere an die letzte Weisung zum Umbau des städtischen Lohnsystems, die aufgrund eines Schnellschusses ziemlich lange Konvulsionen in der Stadt hervorrief. Wir möchten nicht, dass dasselbe mit dieser Vorlage geschieht. Es ist eine Vorlage, die ein dringendes Bedürfnis der Personalverbände und Gewerkschaften aufnimmt und sauber und seriös ausgearbeitet werden soll und in der nötigen Zeit mit den Personalverbänden diskutiert werden können soll.*

**Duri Beer (SP):** *Auch die SP kann die Begründung des Stadtrats nachvollziehen. Wir verstehen, dass es keinen Sinn macht, zu forsich und zu schnell fortzufahren. Es ist wichtig, diese Geschichte ernsthaft zu bearbeiten und die Vernehmlassungsantworten auch entsprechend zu würdigen. Es ist entscheidend, die Personalverbände und die Gewerkschaften in diese Frage miteinzubeziehen und die Vernehmlassungsantworten so zu gewichten, dass ein besseres Ergebnis resultiert als bisher. Die Ernsthaftigkeit des Stadtrats ist sichtbar, aber die Arbeit, die noch auf uns zukommt, wird für die Abstimmung im Parlament ausschlaggebend sein.*

**Roger Bartholdi (SVP):** *Ich sagte deutlich, dass eine Vernehmlassung stattfinden müsse und die Vernehmlassung aus meiner Sicht früher hätte beginnen können. Die Mehrheit im Rat beschliesst heute, die 12 Monate zu gewährleisten. Bis zur Umsetzung werden dann insgesamt vier Jahre vergangen sein. Es ist kein gutes Zeugnis für die Stadt, wenn ein solcher Prozess vier Jahre dauert. Ich hoffe, dass wenigstens das Ergebnis stimmen wird.*

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 99 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Die Frist zur Erfüllung der am 16. November 2016 überwiesenen Motion, GR Nr. 2015/382, der Grüne- und AL-Fraktionen vom 2. Dezember 2015 betreffend Aufhebung der Lohnwirksamkeit der jährlichen Zielvereinbarungs- und Beurteilungsgespräche (ZBG), Änderung des Personalrechts, wird um zwölf Monate bis zum 16. November 2019 verlängert

Mitteilung an den Stadtrat

3 / 3

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat